

**Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Neureut -**

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **30. April 2019** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **21.30** Uhr)

im **Rathaus Neureut, Sitzungssaal**

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Achim Weinbrecht**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **18** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

Steffen Seibert (V)
Harald Denecken (V)

Schriftführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Hauptamtsleiter Thomas Jäger**
Rechnungsamtsleiter Axel Grether
Bauamtsleiterin Patricia Lüking

Zu TOP 1: **Wolf-Dietrich Gierth, Liegenschaftsamt**
Stadt Karlsruhe

Zu TOP 2: **Heike Dederer**
Viola Schruff, Stadtplanungsamt Stadt
Karlsruhe

Zu TOP 3: **Alexander Bantz, Zentraler Juristischer**
Dienst Stadt Karlsruhe
Ulrike Rohde, Umwelt- und Arbeitsschutz

Zu TOP 4:

**Tilmann Hedinger, Direktor Gymnasium
Neureut
Andreas Boegl, Rektor Realschule
Neureut
Torsten Traub, Lars Thoma
beide Realschule Neureut**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **05.04.2019** ordnungsgemäß eingeladen, und
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **25.04.2019** ortsüblich bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:

Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen Tagesordnungspunktes festgestellt.

- *) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

**Zu Punkt 1 der T.O.: **Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt
Karlsruhe
hier: Änderung der Ortschaftsgrenzen /
Gemarkungsgrenzen
schriftliche Vorlage Nr. 154 / 2019****

Zu diesem TOP begrüßt der Vorsitzende Wolf-Dietrich Gierth, Amtsleiter vom städtischen Liegenschaftsamt, recht herzlich.

Dieser erläutert dem Gremium die Verlegung und blickt dabei auch die Historie zurück. Das Thema sei bereits im Juni 2000 in nicht öffentlicher Sitzung im Ortschaftsrat gewesen.

Anhand eines Planes zeigt Gierth auf, dass bei der ehemaligen Amerikanersiedlung in der Erzbergerstraße die Ortschaft Neureut beziehungsweise das frühere Gemeindegebiet von Neureut vor der Eingemeindung 1975 tief, wie ein Pfeil, in das heutige Gebiet „Zukunft Nord (ehemaliges Quartier C) an der Erzbergerstraße hineinragte. Das Gebiet habe man nach Abzug der Amerikaner entwickelt.

Damals sei der Vorschlag von der Vermessungs- und Grundbuchbehörde gewesen, dieses Dreieck flach an die New-York-Straße zu ziehen. Dies war dann auch der erklärte Wunsch des Ortschaftsrates gewesen.

Die neue Gemarkungsgrenze wurde an die Nordseite der New-York-Straße verlegt. In Abstimmung mit der Forstdirektion wurde ein Flächenausgleich im Hardtwald geschaffen, so dass die Größe der Gemarkung Neureut nicht verändert wurde. Dies geschah bereits 2002/2003.

Diese Grenze ist zugleich aber auch amtliche Gemarkungsgrenze. Änderungen der Grundstückssituation im Bereich der New-York-Straße machten eine Verlegung einer neuen Gemarkungsgrenze erforderlich.

Es ist nunmehr beabsichtigt, die Abgrenzung der Ortschaft Neureut zum Stadtgebiet Karlsruhe an die bestehende amtliche Gemarkungsgrenze entlang der New-York- und Erzbergerstraß sowie im Hardtwald anzupassen.

Hierfür ist eine entsprechende Ergänzung in der Hauptsatzung der Stadt Karlsruhe in § 1 Abs. 5 und 6 erforderlich.

Denn die in der noch aktuellen Hauptsatzung festgelegten Grenzen der Ortschaften stammen weitestgehend aus Zeiten der Eingemeindungen, wie bei Neureut auch in den „Bergdörfern“ Hohenwettersbach, Stupferich und Wettersbach. Auf Grund von Flurbereinigungen und örtlichen Veränderungen und der damit wiederum

verbundenen erforderlichen Rechtsicherheit, ist deshalb eine Anpassung der Ortschaftsgrenzen an die aktuelle Situation erforderlich.

Für die CDU-Ortschaftsratsfraktion stimmt deren **Vorsitzender Karsten Lamprecht** der hierfür erforderlichen Änderung der Hauptsatzung der Stadt Karlsruhe zu.

Auch **Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber** erteilt zu der Änderung der Gemarkungsgrenze Neureuts, da sie sehr sinnvoll sei, ihre Zustimmung.

Diesem schließt sich auch die Fraktionsvorsitzende der Grünen, **Dr. Dorothea Hansis** an und bezeichnet diesen Schritt als vernünftig.

Fraktionsvorsitzender Dieter König weist in seinen Ausführungen unter anderem darauf hin, dass In Abstimmung mit der Forstdirektion im Hardtwald ein Flächenausgleich gemacht wurde. Es sei aber auch klar, dass dabei hochwertiger Baugrund gegen einen zwar ökologisch hochwertigen Wald, ohne es abzuwerten aber eben „nur“ Wald getauscht worden sei. Deshalb würde es sich seine Fraktion wünschen, dass sowohl die Gemeinderäte als auch die Karlsruher Stadtverwaltung unter diesem Aspekt ihre Zustimmung sozusagen wohlwollend zur Kenntnis nehmen.

Es kommt einstimmig zum

Beschluss:

Der Ortschaftsrat stimmt der aus den Anlagen ersichtlichen Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Karlsruhe zu.

<u>Zu Punkt 2 der T.O.:</u>	Beschluss der Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe (NVK) zur öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Flächennutzungsplans 2030 sowie des dazugehörigen Landschaftsplans 2030 des NVK hier: Anhörung des Ortschaftsrates schriftliche Vorlage Nr. 155 / 2019
------------------------------------	---

Zu diesem Punkt heißt der Vorsitzende Viola Schruff sowie Heike Dederer vom Stadtplanungsamt der Stadt Karlsruhe recht herzlich willkommen.

Sie erläutern den Entwurf. Dabei stellt Viola Schruff sowohl die Bilanz der Wohnbauflächen in Karlsruhe mit den neu ausgewiesene bzw. neu zugeschnittenen Flächen dar als auch die Gewerbeflächenbedarfe.

Zu den Wohnbauflächen zählt sie für Karlsruhe als Neubedarf 258 ha auf, darunter Herausnahmen von 5 ha, neue Flächen von 62 ha und die Kooperation Umland (NVK) von 190 ha. Interessant für die Neureuter Ortschaftsräte war dabei, dass im Unterschied zum alten Plan sowohl im Zentrum III als auch im Gebiet Neubruch mehr Grünflächen ausgewiesen worden sind.

Bei der Bilanz Gewerbeflächen Karlsruhe - neu ausgewiesene bzw. neu zugeschnittene Flächen - ist für Neureut das Gottesauer Feld mit 1,3 ha ebenso wie der Grüne Weg mit 2,7 ha angeführt worden. Insgesamt, so führt Schruff zuvor aus, bestehe in Karlsruhe kein echter Neubedarf. Es gebe insgesamt Herausnahmen von 26 ha, neue Flächen von 13 ha, was eine Unterdeckung von 13 ha bedeute, rechnete sie vor.

Zudem folgen von ihr Ausführungen zu Interkommunalen Gewerbegebiete im Nachbarschaftsverband.

Einen Ausblick auf das weitere Verfahren beim Flächennutzungsplan liefert Schruff ebenfalls. So ist vorgesehen, dass am heutigen 9. Mai der Planungsausschuss tagt, am 14. Mai der Gemeinderat diskutiert, am 3. Juni die Verbandsversammlung NVK – Offenlagebeschluss FNP + LP Möglichkeit für Änderungsanträge stattfindet, im Sommer 2019 die formelle Öffentlichkeits- und Trägerbeteiligung geplant ist und voraussichtlich im Sommer 2020 ein abschließender Beschluss vorgesehen ist.

Für die CDU-Ortschaftsratsfraktion signalisiert **Ortschaftsrat Günther Groß** die Zustimmung zu den vorgestellten Entwürfen, die seine Fraktion mittrage. Er dankt für die umfangreiche Präsentation zum Flächennutzungsplan ebenso wie die weiteren Fraktionen.

Jürgen Marin, Ortschaftsrat, meint unter anderem, dass Neureut nicht nur einen wesentlichen Anteil an Entwicklungsmöglichkeiten für Karlsruhe trage, sondern damit vor allem auch langfristig eine erfolgreiche Entwicklung Neureuts planerisch über einen langen Zeitraum sichere. Die ursprüngliche Prüfkulisse sei angemessen den Gegebenheiten angepasst worden, sodass sich die einzelnen Flächen mittlerweile gut einfügen. Marin weist aber ebenfalls ausdrücklich darauf hin, dass eine Aufnahme in den Flächennutzungsplan weder automatisch bedeute, dass jede

Fläche bebaut oder so bebaut werde noch dass in den kommenden Planungsverfahren nachgelassen werden dürfe, sowohl die Neureuter Bedürfnisse unserer Bürger als auch die genauen ökologischen Analysen entsprechend zu berücksichtigen.

Ortschaftsrat Hubert Kast erteilt für seine Fraktion ebenfalls die Zustimmung, obwohl es den Grünen lieber gewesen wäre, manche Gebiete, wie beispielsweise am Grünen Weg, so natürlich zu belassen, wie sie sind. So meint er, die alten Kiesgruben werden beispielsweise aufgefüllt, damit man dort Häuser bauen könne. Es müsse aber auch der Tatsache Rechnung getragen werden, dass Karlsruhe eine attraktive Stadt mit hohem Zuwanderungsdruck sei. Die Aufgabe werde sein, wie bereits sein Vorredner gesagt habe, dass beim Aufstellen der Bebauungspläne Naturschutz ausreichend berücksichtigt werde und Grünflächen erhalten bleiben. Die neuen Quartiere sollen so lebenswert sein wie Neureut bereits jetzt sei! Auch soll bei den neuen Wohngebieten die Infrastruktur mit Kitas, Schulen, Ortsverwaltung ausreichend Berücksichtigung finden.

Fraktionsvorsitzender Dieter König macht in seiner Stellungnahme zum Beispiel deutlich, dass Karlsruhe dringend Wohnraum, aber auch weitere Gewerbegebiete für die aufstrebenden Unternehmen in der Stadt benötige. Vordringlich sei jedoch, bezahlbaren Wohnraum für alle Gesellschaftsschichten zu schaffen. Der Ortschaftsrat – habe sich in vielen Runden dieses Themas angenommen und die städtischen Anforderungen mit über 60 ha intensiv geprüft, bewertet und eigene Vorschläge ausgearbeitet. Mit sechs möglichen Bebauungsflächen von insgesamt 35,7 ha stelle Neureut den Löwenanteil von bebaubaren Flächen der Gesamtstadt zur Verfügung. Bei seiner Ausführung meint er auch, dass der vom Ortschaftsrat vorgeschlagene Bereich Südliches Oberfeld mit immerhin 4,5 ha ganz aus dem FNP herausgenommen worden sei. Eine Begründung für diese gravierenden Minderungen der vom Ortschaftsrat vorgeschlagenen Wohnflächen liege nicht vor. Er nennt dazu das Stichwort – Nordtangente. Mit dem Zentrum III – den Teilbereichen W-122A, W 061 und W 069 schaffe Neureut die Voraussetzung für ein neues Wohn-Quartier mit einer respektablen Fläche von 16,4 ha, das sofern die Verfahren zügig abgewickelt werden können, relativ schnell sprich bebaut werden könne. Das große Anliegen in diesem Zusammenhang sei natürlich den Neubau des Hallenbades mit einem vorgezogenen Bebauungsplan innerhalb der nächsten 3 - 5 Jahre zu realisieren. In Anbetracht der wirklich großen Flächen für Wohnen und Gewerbe, die

die Ortschaft Neureut – einbringen, hoffe man, dass dieses Anliegen, der Herzenswunsch aller Neureuter, vom Gemeinderat und vom Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup mit seiner Verwaltung entsprechend gewürdigt und unterstützt werde.

Auch **Ortschaftsrat Klaus Bluck** erteilt seine Zustimmung, hatte jedoch zuvor kritisch die Herausnahme des südlichen Oberfelds beleuchtet. Dies sei genau der Bereich, der auf der Nodtangentrasse liege, worauf zuvor schon Grünen – Ortschaftsrat Hubert Kast hingewiesen hatte. Es gebe nach wie vor viele Vertreter, die die Nordtangente möchten, meint er.

In diesem Zusammenhang weist Schruff unter anderem darauf hin, dass auch der Bundesverkehrswegeplan sie nicht mehr vorsehe.

Es kommt einstimmig zum

Beschluss:

Der Ortschaftsrat schlägt dem Gemeinderat vor, nach Vorberatung im Planungsausschuss den Entwürfen des Flächennutzungsplanes 2010 und des Landschaftsplanes 2030 zuzustimmen und den Oberbürgermeister zu beauftragen, in der Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe den Vorlagen zuzustimmen.

Zu Punkt 3 der T.O.: **Flächenhaftes Naturdenkmal „Sandgrube Grüner Weg – West“ **schriftliche Vorlage Nr. 156 / 2019****

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Ortsvorsteher Achim Weinbrecht Ulrike Rohde von Umwelt - und Arbeitsschutz und Alexander Bantz vom Zentralen Juristischen Dienst recht herzlich und dankt ihnen dafür, dass sie das Projekt so schnell vorangetrieben haben. Damit habe man nicht gerechnet. Sehr gefreut haben sich die Neureuter zudem darüber, dass Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup in einem Schreiben mitgeteilt habe, dass er die Beantragung sehr gerne tue.

Eingangs zitiert Bantz aus dem Bundesnaturschutzgesetz: „Naturdenkmäler sind rechtsverbindlich festgesetzte Einzelschöpfungen der Natur oder entsprechende Flächen bis zu fünf Hektar, deren besonderer Schutz erforderlich ist - aus

wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, Eigenart oder Schönheit“.

Um ökologisch wertvolle Flächen bis zu einer Größe von fünf Hektar unter Schutz stellen zu können, plant die Untere Naturschutzbehörde die Neuausweisung mehrerer flächenhafter Naturdenkmale (FND).

Aktuell existieren drei FND im Stadtgebiet. Es wurden jedoch im Jahr 2010 Vorschläge für insgesamt neun weitere FND im gesamten Stadtgebiet erarbeitet. Auf Initiative der Naturschutzbeauftragten wurde die Planungskulisse 2013 um weitere Vorschläge in der Neureuter Feldflur ergänzt.

Die Planungen, das Gebiet „Sandgrube Grüner Weg West“ in Neureut zu einem Naturdenkmal zu erklären sind bereits weit fortgeschritten, so Bantz.

Es handelt sich um eine ehemalige Sandgrube mit einer Flächengröße von ca. 1,1 ha und ungenutzte umliegende Freiflächen mit Gebüsch unterschiedlicher Sukzessionsstufen. Die ökologische Bedeutung liegt insbesondere vegetationskundlich im Vorkommen von Mager- und Sandrasen, ausdauernder Ruderalvegetation und landschaftsprägender Gehölze trockenwarmer Standorte als Lebensraum der daran angepassten Tier- und Pflanzenwelt. Der Ortsverband des Bund für Umwelt und Naturschutz e.V (BUND) hat seit 1996 eine Patenschaft für das Gebiet inne und führt Pflegemaßnahmen und naturpädagogische Projekte durch.

Die Fläche der ehemaligen Sandgrube ist im aktuellen Flächennutzungsplan als Grünfläche und im Landschaftsplan als geplantes flächenhaftes Naturdenkmal (FND) dargestellt. Die Fläche befindet sich zudem im Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplanes „Kirchfeld II – Sanddornweg“. Festgesetzt ist diese Fläche als öffentliche Grünfläche – Biotop, geplanter geschützter Grünbestand. Für eine Begehung ist der bereits bestehende Sandpfad vorgesehen.

Ursprünglich war geplant, dieses Gebiet zeitgleich mit weiteren angrenzenden Flächen („Neureuter Toskana“) unter Schutz zu stellen, das aus verfahrenstechnischen Gründen jedoch wieder verworfen wurde. Nunmehr sollen zwei getrennte Verfahren für die Unterschutzstellung durchgeführt werden. Dies könne als „abgestuftes Landschaftsschutzgebiet“ realisiert werden.

Der geplanten Verordnung werde, erklärt Alexander Bantz weiter, ein umfangreicher Verbotskatalog zu Grunde liegen, es werden jedoch auch gezielte Maßnahmen zur Aufklärung und Akzeptanzförderung in die Verordnung einfließen.

Die geplanten Regelungen umfassen einen umfassenden Verbotskatalog, durch den u.a. das Betreten und das Laufenlassen von Hunden, das Ablagern von (Garten-)Abfällen, das Einbringen oder Entnehmen von Pflanzen oder die Nutzung von Luftsportgeräten, wie Drohnen, beschränkt wird. Die naturpädagogischen Projekt und Pflegemaßnahmen werden selbstverständlich weiterhin in Abstimmung mit der Naturschutzverwaltung möglich sein. Aufgrund der Lage am Siedlungsrand herrscht ein großer Freizeit- und Nutzungsdruck auf die Fläche. Neben den repressiven Vorschriften der Verordnung sollen daher vor allem auch gezielte Maßnahmen zur Aufklärung und Akzeptanzförderung und abgestimmt mit der Gesamtkonzeption des Projekts „Meine Grüne Stadt“ ergriffen werden.

Geplant sei, so Bantz, den Verfahrensabschluss bis Jahresmitte zu bewältigen, um danach gleich den zweiten Teil (Toskana) ins Verfahren zu bringen.

Für die **CDU** freut sich **Ortschaftsrat Herbert Böllinger**, dass hier ein Anfang gemacht werde. Es gebe in der Umgebung des Heidesees einige Gebiete, die schutzwürdig – und bedürftig seien. Ein Vorschlag von ihm zielte darauf ab, ob nicht das ganze Ufer des Heidesees in die Überlegungen miteinbezogen werden könnte. In dem kleinen Wäldchen, das sich auf der südlichen Seite des Heidesees gebildet habe, haben sich Nachtigallen angesiedelt, so auch in dem Gebiet, das jetzt Flächenhaftes Naturdenkmal werden solle.

Zudem betont er, dass Gesetze und Regeln gut seien, sie müssten jedoch auch durchgesetzt werden. Vordringlich sei, Verständnis beim Bürger für solche Gebiete zu wecken, deswegen sei der bestehende Sandweg und Hinweisschilder gut. Meistens reiche dies aber nicht aus, deshalb müsse auch die Ordnungsbehörde notfalls eingreifen. Dies sei einer der Wünsche, dass dies dann auch bei diesen Gebieten geschehe! Man freue sich auch auf die weiteren Gebiete, wie Heidesee und Drachenwiese, die als nächste Schritte in Angriff genommen werden können.

Ortschaftsrätin Irene Moser betont, man wisse bei der SPD – Fraktion schon lange um die Unterschutzstellung der Toskana als Flächenhaftes Naturdenkmal.

Schon seit vielen Jahren sei die SPD-Fraktion aktiv daran und sie freue sich besonders, dass dies nun sehr schnell gegangen sei. Auch freue es sie besonders, dass Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup dies beschleunigt habe, denn es gebe zahlreiche seltene Tier und Pflanzen, die es zu schützen gelte. Die Ansiedelung der Nachtigall sei ein guter Fortschritt für das Gebiet. Der erste Schritt sei nun geschafft.

Auch **Ortschaftsrat Hubert Kast** zeigt sich für die Grünen erfreut über die Unterschutzstellung dieses Areals und darüber, dass es damit auch gleich weitergehe. Erfreulich sei auch, dass die Bevölkerung miteinbezogen werde und der eine Weg weiter belassen werden solle.

Sehr gerne, so **Ortschaftsrätin Brigitte Schmider**, stimme ihre Fraktion diesem ersten Schritt zu, das Gebiet „Sandgrube Grüner Weg – West“ als flächenhaftes Naturdenkmal auszuweisen.

Die Ausweisung der südlichen Toskana wurde ja bereits für die zweite Jahreshälfte in Aussicht gestellt, was sie ebenso freue und ihre Fraktion unterstützen werde. Man wisse um die Sensibilität der Umgebung des Heidesees und des Heidesees selbst und unterstütze die vorgesehenen Maßnahmen. Auch wies sie aus aktuellem Anlass darauf hin, dass der Verbotskatalog durch entsprechende Überprüfung und Maßnahmen eingehalten werden sollte! Miteinhergehen sollte dabei Aufklärung zur Förderung der Akzeptanz.

In diesem Zusammenhang dankt sie Ulrike Rohde vom Umwelt- und Arbeitsschutz der Stadt Karlsruhe für ihre langjährige und fundierte Unterstützung in umwelttechnischen Fragen für Neureut!

Auch der **fraktionslose Klaus Bluck** empfindet es als sehr gute Entwicklung für diese Gebiete. Es sei schön, wenn in der weiteren Entwicklung die gesamte Uferfläche des Heidesees miteingebunden werden könnte, untermauert auch er.

Abschließend erklärt Bantz noch kurz, was es mit der Beschlussformulierung „Weiter stimmt der Ortschaftsrat zu, dass noch Änderungen, welche nicht wesentlicher Art sind, vorgenommen werden können“, auf sich habe. Hier handle es sich um eine „Notfall-Formulierung“, diese sei rein juristisch und eigentlich nicht zu erwarten.

Es kommt einstimmig zum

Beschluss:

Der Ortschaftsrat nimmt dem als Anlage beigefügten Entwurf der Unteren Naturschutzbehörde zur Abgrenzung zur Abgrenzung und Unterschutzstellung des flächenhaften Naturdenkmals „Sandgrube Grüner Weg – West“ in Neureut-Heide zur Kenntnis und stimmt dem Erlass der Schutzgebietsverordnung zu. Weiter stimmt der

Ortschaftsrat zu, dass noch Änderungen, welche nicht wesentlicher Art sind, vorgenommen werden können.

**Zu Punkt 4 der T.O.: Medienentwicklungsplan Schulzentrum Neureut
schriftliche Vorlage Nr. 157 / 2019**

Zu diesem Punkt begrüßt der Vorsitzende die Vertreter aus dem Schulzentrum.

In dieser Sitzung zeigen Direktor Tilmann Hellinger des Gymnasiums Neureut sowie Torsten Traub und Lars Thoma im Beisein von Rektor Andreas Boegl von der Neureuter Realschule die Anschaffungswünsche auf und stehen dem Gremium Rede und Antwort zu der Thematik.

So erläutert Hedinger, dass das Gymnasium Neureut im Zuge seines Medienpultprojekts bereits die Anschaffung von Medienpulten vorgenommen habe, die es nun zu vollenden gelte. In Zusammenarbeit mit dem Förderverein des Gymnasiums Neureut sowie dem Schul- und Sportamt wurde eine mögliche Finanzierung der restlichen Medienpulte durch das Gymnasium Neureut ausgearbeitet. Nun soll die elektronische Steuerung und Verkabelung der Geräte durch IP-Mittel in Höhe von 11.700,00€ erfolgen, nachdem die Anschaffung der EDV Hardware für die Medienpulte vom Schul – und Sportamt sowie vom Förderverein die Gehäuse bereits teilweise finanziert wurden.

Für die Realschule Neureut informieren Torsten Traub sowie Lars Thoma unter anderem über die geplanten Anschaffungen für die rund 4 400 € an IP-Mitteln eingesetzt werden.

Gekauft werden sollen damit Laptop- Wandhalterungen/Boxen für Klassenzimmer mit Verkabelung (Strom, LAN, HDMI) und außerdem Anschlusskabel für alle Unterrichtszimmer (ca. 50 Kabel).

Zudem erläutern sie noch Details aus dem Medienentwicklungsplan.

Ortschaftsrat Detlef Hofmann unterstreicht, der Vortrag sei sehr hilfreich gewesen und bedankt sich für die Initiative beider Schulen, besonders auch beim Förderverein für die Aktionen und Unterstützung. Man brauche die Initiative ganz dringend und auch das Konzept IT-Moderne Schule, das vom Stadtrat mit großer Mehrheit mitgetragen wurde. Zwar stimme seine Fraktion der Vorlage zu, dennoch sei dies keine Digitalisierungs-offensive. Es sei viel zu langsam, im Schneckentempo, was

hier gemacht werde, betont er. Hier müsse deutlich nachgearbeitet werde, es müsse schneller gehen.

Sie freue sich über das zweigleisige Konzept, meint **Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber**, im Hinblick auf die Realschule, das vorgestellt wurde. Dies sei nötig, um Bundesmittel abrufen zu können. Für das Gymnasium freue sie sich, dass es die Medienpulte bald vollständig in absehbarer Zeit haben werde. Die Realschule sei jetzt flexibler in ihrem Medienplan.

Es sei jedenfalls ganz im Sinne der SPD-Fraktion, dass nun einiges passiere und dies mit den IP-Mitteln unterstützt werde, so die Fraktionsvorsitzende.

Ebenfalls toll findet **Ortschaftsrat Hubert Kast** die vorgestellte Initiative.

Er pflichtet Ortschaftsrat Detlef Hofmann bei, dass es viel, viel zu langsam vorwärtsgehe, mit viel zu wenig Mitteln, die den Schulen dafür zur Verfügung gestellt werden. Machen Sie weiter so, appelliert er am Ende zu den Lehrkräften.

Wir müssen sehen, dass mehr Geld für die Schulen vorhanden ist!

Ole Reher, Ortschaftsrat, bekräftigt, dass die FDP-Fraktion die Unterrichtsmöglichkeiten im IT-Bereich auf dem bestmöglichen Niveau fördern möchte. Die FDP freue sich darüber, dass es gelungen sei, fraktionsübergreifend wieder einmal am gleichen Strang ziehen.

Es sei eine gute Idee gewesen, die offenen Beträge aus IP-Mitteln zu generieren, um schnellstmöglich Gelder für diese Vorhaben zu sichern. Die FDP-Fraktion sehe beide Vorhaben als sinnvoll an und stimme den Anschaffungswünschen zu, schliesst Ortschaftsrat Ole Reher seine Ausführungen.

Ortschaftsrat Klaus Bluck (fraktionslos) findet es ebenfalls eine sehr gute Entwicklung. Wenn der Ortschaftsrat mit IP-Mitteln aushelfen könne, dann sei dies auch sinnvoll angelegtes Geld!

Es kommt einstimmig zum

Beschluss:

Der Ortschaftsrat stimmt dem beigefügten Medienentwicklungsplan der Realschule Neureut sowie der Anschaffungswünsche des Gymnasiums Neureut für 2019 zu.

**Zu Punkt 5 der T.O.: Umwelt- und Klimaschutzprojekt Neureut
Antrag der CDU-Ortschaftsratsfraktion vom 18.02.2019
schriftliche Vorlage Nr. 158 / 2019**

Diesen Punkt der Tagesordnung verweist der Vorsitzende zur detaillierten Beratung in den Ausschuss. Grundsätzlich finde die Verwaltung den Antrag sehr löblich. Die Klärung von Detailfragen seien jedoch in einem ersten Aufschlag nicht möglich, erklärt der Vorsitzende im Zusammenhang mit der den Ortschaftsräten vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung.

Für die antragstellende **CDU-Ortschaftsratsfraktion** führt **Herbert Böllinger** aus, dass jeder neu gepflanzte Baum ein effektiver Beitrag für Klima- und Umweltschutz sei. Der Klimawandel und seine Folgen sei eines der drängendsten Probleme unserer Zeit. Das gelte auch für die Umweltverschmutzung, insbesondere die Luftverschmutzung.

Jeder könne hier etwas tun – sei es dadurch, dass er selbst Bäume pflanze, meint die CDU-Ortschaftsratsfraktion in ihrem Antrag, Baumpatenschaften übernehme, Pflanzungen unterstütze – etwa durch Spenden für Pflanzaktionen oder Aktionstage, in denen die positive Wirkung der Pflanzen bewusst gemacht werde.

Deshalb, so führt Ortschaftsrat Herbert Böllinger für die CDU aus, solle die Verwaltung beauftragt werden, öffentliche Flächen zu benennen, die für Baumpflanzungen, alternativ Strauchpflanzungen, geeignet seien. Zudem solle Neureut einheimische standortgerechte Bäume und Sträucher auf öffentlichen Flächen pflanzen.

Neureuter Schüler sollen zudem in diese Aktion eingebunden werden. Neureuter Bürgerinnen und Bürger sowie Neureuter Schulklassen mögen Baumpatenschaften übernehmen.

Zudem, so wünscht es die CDU, könne der Ortschaftsrat eine Arbeitsgemeinschaft aus Mitgliedern sämtlicher Fraktionen bilden, die die Aktion unterstützt, begleitet und weitere Ideen entwickelt in Zusammenarbeit mit den Bürgervereinen und mit Unterstützung von Umweltbehörde und Gartenbauamt.

Für die **SPD** meint **Barbara Rohrhuber**, ihre Fraktion kämpfe gegen Versiegelung und für jeden Baum. Sie freue sich, dass die CDU- Fraktion nun auch „grün“ geworden sei. Sie sei für jede Maßnahme offen, die eine weitere „Vergrünung“ Neureuts beinhalte. Dies sei aber nur ein Mosaikstein im Kampf gegen die negative

Umweltentwicklung. Alle müssten überlegen, mehr Fahrrad zu fahren, weniger Auto, weniger Flug- und Schiffsreisen etc.

Man befürworte den Antrag der CDU, der von uns hätte sein können, weist **Grünen-Ortschaftsrat Thomas Metzger** hin.

Fraktionsvorsitzender Dieter König sagt unter anderem zu, dass seine Fraktion den von der CDU Fraktion gestellten Antrag voll und ganz unterstützen könne und sagte auch eine aktive Zusammenarbeit nicht nur von der Fraktion, sondern auch ausdrücklich von den Mitglieder der FDP zu.

Ergebnis:

Der Tagesordnungspunkt wird zur weiteren Behandlung in den Ausschuss verwiesen.

Zu Punkt 6 der T.O.: **Neuanlage des Siegfried-Buback-Platzes, Planung zur Neugestaltung**
Antrag der SPD-Ortschaftsratsfraktion vom 20.02.2019
schriftliche Vorlage Nr. 159 / 2019

Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber erläutert den Antrag ihrer Fraktion, der als Wunsch bei der Mitgliederversammlung des Bürgervereins Siedlergemeinschaften Neureut-Kirchfeld aufgekommen sei. Nach Übernahme der Unterhaltung des Siegfried-Buback-Platzes von der Konversionsgesellschaft den Verantwortungsbereich der Ortsverwaltung werde, so die SPD-Ortschaftsratsfraktion in ihrem Antrag, eine Umgestaltung geplant.

Bei der Überplanung des Platzes mit seiner prominenten Lage in Kirchfeld Nord sollte auch der Bürgerverein Siedlergemeinschaften Neureut -Kirchfeld e.V. beteiligt werden.

Die SPD schlägt in ihrem Antrag vor, die wellenförmigen Beete beizubehalten und mit insektenfreundlichen, hitzebeständigen, pflegeextensiven und blühenden Pflanzen zu gestalten.

Sie freue sich sehr über die Stellungnahme der Ortsverwaltung zu dem SPD-Antrag, so deren Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber.

Denn die Gartenbauabteilung der Ortsverwaltung antwortete, dass eine Neubepflanzung der Wellenbeete bereits für die kommende Pflanzperiode Herbst/Winter 2019/20 durch die Gartenbauabteilung der Ortsverwaltung vorgesehen sei. Der viel zu trockene Sommer 2018 habe gezeigt, dass eine nachhaltige Pflege von Bepflanzungen nur mit zusätzlichen „Hilfsmitteln“ möglich sei. Daher ist beabsichtigt, rechtzeitig vor einer Neubepflanzung der „Wellen“, eine Beregnungsmöglichkeit (Wasseranschluss) zu installieren. In der Nähe des Standorts des erst kürzlich gepflanzten „Weihnachtsbaumes“ befindet sich ein Unterflurhydrant. Die Möglichkeit eines Wasseranschlusses ist somit gegeben. Es ist beabsichtigt, kleine an der künftigen Wasserzapfstelle angeschlossene Wasserschläuche in die wellenförmigen Beete zu verlegen. Die Wasserzufuhr könnte dann gegebenenfalls über eine Zeitschaltuhr gesteuert werden.

Dazu führt der Vorsitzende aus, dass für die Realisierung die Bereitstellung finanzieller Mittel erforderlich sei. Es ist beabsichtigt, die Finanzierung durch Haushaltsmittel aus dem Haushaltsjahr 2018 sicherzustellen. Voraussichtlich bis Ende Mai 2019 werden hierzu Aussagen/Ergebnisse vom Gartenbauamt vorliegen. Die Verwaltung wird den Ortschaftsrat hierzu auf dem Laufenden halten.

Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht begrüßt, dass mit diesem Antrag einem Anliegen des Bürgervereins Siedlergemeinschaften Kirchfeld Rechnung getragen werde und stimmt dem Vorgehen zu.

Und auch **Fraktionsvorsitzende Dr. Dorothea Hansis** zeigt sich für ihre Fraktion mit der Vorgehensweise einverstanden.

Für die **FDP** erteilt **Ortschaftsrat Ole Reher** die Zustimmung für den Antrag der SPD-Ortschaftsratsfraktion. Zur Beregnungsmöglichkeit ist er sich sicher, dass dieses Thema beim Klimawandel noch öfters beschäftigen werde.

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat zeigt sich mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden.

Zu Punkt 7 der T.O.: **Planung von Wartehäuschen auf der Strecke der Buslinien 72 und 73 in Kirchfeld-Nord, Aufstellung eines Fahrscheinautomaten in Kirchfeld-Nord
Antrag der SPD-Ortschaftsratsfraktion vom 20.02.2019
schriftliche Vorlage Nr. 160 / 2019**

Die beiden Buslinien 72 und 73 werden stark frequentiert, so die SPD-Ortschaftsratsfraktion in ihrem Antrag. In Kirchfeld – Nord und vor allem im Bereich Blankenlocher Weg seien die wartenden Fahrgäste bei schlechten Witterungsverhältnissen starkem Wind und Regen ausgesetzt. Deshalb, so wünscht es die SPD, sollten mindestens jeweils auf einer Straßenseite geeignete Wartehäuschen geplant und realisiert werden.

Zudem gebe es in Kirchfeld keine Möglichkeit des Fahrscheinerwerbs für die KVV. Da Busse im Gegensatz zu Straßen- und S-Bahnen nicht mit Fahrscheinautomaten ausgestattet seien, werde die Aufstellung eines Fahrscheinautomaten an geeigneter Stelle in Kirchfeld zum wiederholten Mal beantragt.

Hauptamtsleiter Thomas Jäger zitiert hierzu das Antwortschreiben der Verkehrsbetriebe Karlsruhe (VBK). Demnach befinde sich an der Haltestelle Kirchfeld-Nord auf einer Seite der Haltestelle ein Wartehäuschen. Geprüft werde, inwiefern die Möglichkeit bestehe, auf der gegenüberliegenden Seite ebenfalls ein Wartehäuschen einzurichten.

Die Haltestelle Blankenlocher Weg befinde sich direkt in einer Reihenhausezeile. Der Abstand zwischen Wartehäuschen und Eingangsbereichen der Wohnhäuser könnte baurechtlich zu gering sein. Auch hier werde die VBK gezielt prüfen, ob ein weiteres Wartehäuschen realisiert werden könnte.

Hinsichtlich des gewünschten Fahrkartenautomats an der Haltestelle Kirchfeld-Nord schreibt die VBK, eine Aufstellung sei in den vergangenen Jahren immer wieder thematisiert worden. Dabei habe die zuständige VBK bereits mehrfach ausführlich dargelegt, weshalb ein Automat nicht aufgestellt werden könne. Grundsätzlich stehen im gesamten Stadtgebiet keine Fahrkartenautomaten an Bushaltestellen, sondern ausschließlich an umsatzstarken Straßen- und Stadtbahnhaltestellen. Dies sei eine bewusste strategische Entscheidung vor dem Hintergrund, dass insbesondere vor Ort in Neureut-Kirchfeld vielfältige Möglichkeiten für die Kunden bestehen, Fahrkarten zu erwerben. Alle Busse der Linie 72 und 73 seien mit Fahrscheindrucker ausgestattet. Mit diesen Verkaufsgeräten, welche vom Busfahrer bedient werden, steht den Kunden das komplette Sortiment der Einzelfahrkarten

sowie Tageskarten zur Verfügung. Darüber hinaus können Kunden bequem per App (KVV:ticket oder KVV.mobil) eine Fahrkarte auf dem Smartphone erwerben.

Zudem wird auf weitere Möglichkeiten des Fahrkartenerwerbs im Antwortschreiben verwiesen. So erhielten Kunden unter anderem ebenfalls Monatskarten vor Ort. Aktuell sei die VBK dabei, eine Vorverkaufsstelle bei Peter Ullrich in direkter Nähe zur Badnerlandhalle einzurichten. Sie verfüge über das komplette Fahrkartensortiment inklusive Monatskarten. Dieses erweiterte Fahrkartensortiment sei ebenfalls am stationären Fahrkartenautomat an der Haltestelle Bärenweg erhältlich.

Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Umsätze und der beschriebenen Alternativen seien die Kosten für die Anschaffung und den laufenden Betrieb eines stationären Fahrkartenautomates vergleichsweise sehr hoch und halten auch letztendlich einer wirtschaftlichen Betrachtung nicht stand.

Ortschaftsrätin Irene Moser findet die Erklärungen der VBK zwar einleuchtend, dennoch unbefriedigend. Deshalb schlägt sie vor, die Ortsverwaltung möge sich beim Zeitschriftenladen Schmidt in der Donauschwabenstraße erkundigen, ob dieser bereit sei, Fahrkarten zu verkaufen. Im Falle einer Zusage solle mit den VBK darüber Kontakt aufgenommen werden, um eine Lösung zu finden.

Der Vorsitzende sagt zu, dass der Bitte entsprochen werde.

Auch **Ortschaftsrätin Karin Heidke** unterstützt dieses Ansinnen und bittet bei der Überprüfung der Wartehäuschen, die VBK darauf hinzuweisen, ob es auch die Möglichkeit gebe, Sitzgelegenheiten dort aufzustellen. Auch dieser Wunsch werde aufgenommen, so der Vorsitzende.

Für die **CDU** erklärt deren **Vorsitzender Karsten Lamprecht**, auch seine Fraktion begrüße diesen Antrag, obgleich der Ortsvorsteher bereits bei der Mitgliederversammlung deutlich machte, dass hierzu die Ortsverwaltung nicht zuständig sei und er diese Ansinnen an die VBK weiterleite. Auch gibt er Ortschaftsrätin Irene Moser Recht, dass es zwar wirtschaftlich verständlich sei, nicht jedoch für die Bevölkerung in Kirchfeld erfreulich sei.

Ebenfalls begrüßt für die **Grünen Fraktionsvorsitzende Dr. Dorothea Hansis** das Vorgehen und weist nochmals auf die von ihrer Fraktion gewünschte Einrichtung von Sitzplätzen an den Wartehäuschen hin.

Für die **FDP** unterstützt **Ortschaftsrätin Brigitte Schmider** ebenso den Antrag, auch für die oder ein Wartehäuschen. Wichtig sei vor allem für ältere Menschen, in Kirchfeld eine Situation zu schaffen, damit diese hier Fahrkarten erwerben können.

Hierfür könne eine Möglichkeit entweder in einem Geschäft oder der Poststelle angedacht werden.

Es kommt zu folgendem

Ergebnis:

Die Ortsverwaltung wird die vom Ortschaftsrat gewünschten Vorschläge an die VBK weiterleiten bzw. überprüfen.

Zu Punkt 8 der T.O.:

Reparatur / Befestigung des Verbindungsweges durch die Wiltraud-Rupp-von-Brünneck-Anlage zwischen dem Parkplatz Fortuna und der Hans-von-Dohnanyi-Straße

**Anträge der CDU- und SPD-Ortschaftsratsfraktionen vom 19.03.2019
schriftliche Vorlage Nr.161 / 2019**

Für die CDU erläutert Ortschaftsrätin **Martina Weinbrecht** den Antrag: Bereits in der Vergangenheit sei in einer Sitzung des Ortschaftsrates auf die Reparaturbedürftigkeit des Weges hingewiesen worden, jedoch sei der Weg bis heute nicht ausgebessert worden. Er stelle jedoch ein wichtiger Weg für viele Besucher des Fortuna Kirchfeld dar und deshalb sehe die CDU-Fraktion eine Dringlichkeit, diesen wieder in einen guten Zustand zu versetzen. Bei Regenzeit sei der Weg leider nicht mehr passierbar, sodass die Nutzer über die Weise ausweichen müssen, was wiederum zu neuen Trampelpfaden führe.

Und auch die **SPD-Ortschaftsratsfraktion** weist in diesem Zusammenhang auf einen bereits mündlich gestellten Antrag in der Märzsession darauf hin, dass sich bei nasser Witterung auf dem bisher unbefestigten, überwiegend von Radfahrern benutzten Weg wegen der vorhandenen Unebenheiten regelmäßig große Pfützen bildeten. Auch sei der Weg bisher sehr schmal, was ebenso wie die Unebenheiten ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstelle.

Zu den Anträgen beider Ortschaftsratsfraktionen führt der **Vorsitzende** in seiner Stellungnahme aus, dass es sich bei dem Verbindungsweg um einen „Trampelpfad“ handle. Durch das Aufbringen von Granit-Brechsand haben die Mitarbeiter des Bauhofs Neureut diesen „Trampelpfad“ seiner Zeit auf Wunsch des Neureuter Ortschaftsrates angelegt. Ist jedoch der Boden dieses Weges auf Grund von langanhaltendem oder starkem Regen gesättigt, kann das Oberflächenwasser nicht mehr abfließen bzw. ist eine Bodenversickerung nicht mehr möglich. Somit kann es zu „Pfützenbildungen“ kommen.

Der „Trampelpfad“ befindet sich innerhalb einer festgesetzten Grünanlage, daher kann der Weg nicht als versiegelte Fläche hergestellt werden.

Es wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, den Weg analog den übrigen Wegen innerhalb der Wiltraut-Rupp-von-Brünneck Anlage fachmännisch herzustellen.

Der Aufbau dieser Wege erfolgte seiner Zeit gemäß der technischen Anweisung des Gartenbauamtes mit einer 15 cm Ausgleichsschicht, 15 cm Tragschicht und 3 cm Deckschicht (Kalkbrechsand). Die notwendigen Mittel für einen entsprechenden Ausbau des „Trampelpfads“ werden geschätzt ca. 15.000 Euro betragen und könnten für den nächsten Doppelhaushalt beantragt werden. Eine Ausführung kann erst nach Freigabe der Mittel erfolgen. Bei der kürzlich durchgeführten Überprüfung des Weges wurden kleinere reparaturbedürftige Mängel (Schlaglöcher) festgestellt, die durch Mitarbeiter des Bauhofs (Tiefbau) zeitnah behoben werden.

Ortschaftsrätin Irene Moser empfindet die Bereitstellung von Mitteln im nächsten Doppelhaushalt als viel zu lange. Denn bereits vor einigen Jahren habe man bei einer Gemarkungsrundfahrt auf die Problematik hingewiesen und in der Zwischenzeit wiederum mehrfach angemeldet. Sie wünscht, dass der Weg bis dahin so gut wie möglich – ohne Splitt (wegen Verletzungsgefahr für Kinder und Jugendliche) – aufgefüllt werde! Dabei solle Pfützenbildung vermieden werden, der Trampelpfad befestigt werden. Außerdem solle unbedingt nach einer kürzeren Lösung gesucht werden!

Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber weist in diesem Zusammenhang auf den nach Regen in einem noch desolateren Zustand befindlichen Radweg von der Waldschule zu Fortuna hin, der ja im Zuständigkeitsbereich des Forstes liege!

Unter Vorbehalt schlägt der Vorsitzende zum Trampelpfad einen Kompromiss vor, der beinhaltet, eventuell im Vorgriff durch das Gartenbauamt Mittel bereitstellen zu lassen.

Er begrüße zwar beide Anträge der Fraktionen, jedoch müssen dafür, um die Arbeiten richtig ausführen zu können, entsprechende Mittel im Haushalt bereitgestellt werden!

In Zusammenfassung der Diskussion kommt es zu folgendem

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat stimmt diesem Kompromissvorschlag und der Vorgehensweise zu.

Zu Punkt 9 der T.O.:**Gesamtkonzept Hauptfriedhof****hier: Umbau der Nebenwege auf dem Hauptfriedhof Neureut****Antrag der CDU-Ortschaftsratsfraktion vom 19.03.2019****Antrag der FDP-Ortschaftsratsfraktion vom 02.04.2019****schriftliche Vorlage Nr. 162 / 2019**

Der Antrag der CDU-Ortschaftsratsfraktion zum Hauptfriedhof zielt auf den Umbau der Nebenwege, während es der FDP-Ortschaftsratsfraktion in ihrem Antrag um ein Gesamtkonzept für den Hauptfriedhof geht.

Auf die Nachfrage als Geschäftsordnungsantrag von **Ortschaftsrat Hubert Kast**, warum es zwei Tagesordnungspunkte TOP 9 und TOP 10 gebe, antwortet der Vorsitzende bei dem einen handle es sich um Anträge sowohl der CDU als auch der FDP zum gleichen Thema, bei TOP 10 sei es allein ein Antrag der CDU..

Für die **CDU-Fraktion** führt **Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht** aus, es handle sich beim Umbau der Nebenwege um ein lang bekanntes Thema.

Mehr und mehr verärgert sei die Neureuter Bevölkerung, die die Gräber ihrer Verstorbenen auf dem Hauptfriedhof besuchen, über den Zustand der dortigen Wege. Durch Wurzeln und Absenkungen der Gräber entstehen immer größere Spalten und Unebenheiten, was zu einer Unfallgefahr führe, so die CDU. Für Rollstuhlfahrer sei ein Fortkommen auf diesen Wegen nahezu unmöglich.

Bereits vor einigen Jahren, so erinnert die CDU-Ortschaftsratsfraktion in ihrem Antrag, sei das Thema im Ortschaftsrat diskutiert worden. Damals sei sich das Gremium einig gewesen, die Nebenwege, die in Verbundpflaster ausgebildet sind, sukzessive in Wege mit einer wassergebundenen Oberfläche zu gestalten. Bis heute sei jedoch diese Baumaßnahme nicht umgesetzt worden.

Für die **FDP-Fraktion** weist **Fraktionsvorsitzender Dieter König** hinsichtlich des Antrages ergänzend darauf hin, dass ihr bereits seit längerer Zeit daran liege, für den Hauptfriedhof ein zukunftsfähiges Gesamtkonzept in Zusammenarbeit mit der Gartenbauabteilung und dem städtischen Friedhofsamt zu erstellen. „Die Bestattungskultur habe sich geändert, so König, und der Anteil der Urnengräber hat sich auf mehr als 70% erhöht. Mit zusätzlich, wirklich sehr schön angelegten Urnen-Felder haben wir dieser Entwicklung Rechnung getragen. Allerdings wurden die bestehenden Felder für Erdbestattungen nicht weiter entwickelt. Wir sehen daher die

Notwendigkeit für den Hauptfriedhof in Neureut als auch in Folge für den Südfriedhof ein dem heutigen und zukünftigen Bedarf entsprechendes Gesamtkonzept zu erarbeiten.

Dabei sollte eine Überarbeitung der Friedhofssatzung ebenso einbezogen werden wie die Weiterentwicklung in den nächsten Jahren sowie auch Einzelheiten und Festlegungen zu Grabeinfassungen oder den Belag der Verbindungswege und vieles andere mehr.

Auch die Beschäftigung mit diesen Anträgen wird vom Vorsitzenden zur weiteren Behandlung in den Ausschuss verwiesen. Hierfür sei eine Änderung der Friedhofssatzung nötig. Gespräche mit dem städtischen Friedhofs- und Bestattungsamt und Amtsleiter Matthäus Vogel seien bereits im Gang, gibt der Vorsitzende bekannt. In etwa sechs Wochen werden Pläne für ein neues Urnenfeld im Ausschuss vorgestellt. Dabei könne auch eine neue Gesamtkonzeption angesprochen werden.

Ortschaftsrat Jürgen Marin erklärt, die insgesamt drei Anträge zum Friedhofswesen seien ganz wichtig. Man sei sich darüber im Ortschaftsrat recht einig. Der zentrale Punkt sei, man brauche eine Gesamtkonzeption. Dazu habe man, wie zuvor vom Vorsitzenden ausgeführt, einen national ausgewiesenen Fachmann in Karlsruhe. Es gebe viele Einzelfragen, die in eine Gesamtkonzeption einfließen müssen.

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat stimmt dem Verweis in den Ausschuss zu.

Zu Punkt 10 der T.O.: Neuausweisung eines anonymen Bestattungsfeldes auf dem Hauptfriedhof Neureut Antrag der CDU-Ortschaftsratsfraktion vom 19.03.2019 schriftliche Vorlage Nr. 163 / 2019

Die CDU - Ortschaftsratsfraktion begründet ihren Antrag damit, dass Neureut ein Ortsteil von Karlsruhe sei, der stetig wachse. Die Ansprüche und Anforderungen in allen Bereichen sollten ebenfalls mit der Einwohnerzahl wachsen, so auch im Bereich der Bestattungsmöglichkeiten. Die Mitbürger forderten auch hier neue Wege, beispielsweise einen Friedwald, Wiesengräber oder eine anonyme Bestattung. Zurzeit sei dies nur auf dem Hauptfriedhof in Karlsruhe möglich.

Die Friedhofssatzung sieht für die Stadtteilstädtfriedhöfe ausschließlich Grabfelder mit Gestaltungsvorschriften (§ 19 der Friedhofssatzung) vor. Somit kann nur im Rahmen einer Satzungsänderung bzw. Satzungsergänzung ein anonymes Bestattungsfeld angeboten werden. Diese Antwort erhielt die CDU-Ortschaftsratsfraktion auf ihren Antrag.

Ebenso wie bei den vorigen Anträgen verweist das Gremium einstimmig den Tagesordnungspunkt zur detaillierten Beratung in den Ausschuss, denn auch hierfür ist eine Satzungsänderung bzw. Satzungsergänzung notwendig.

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat verweist den Tagesordnungspunkt zur weiteren Behandlung in den Ausschuss.

Zu Punkt 11 der T.O.: Aufnahme neuer Kita-Projekte in die Bedarfsplanung hier: Wilhelm-Raabe-Str. 7 schriftliche Vorlage Nr. 164/2019

Im Zuge der Bedarfsplanung hat der Gemeinderat vor, neue Kita-Projekte mit 35 Plätzen für Kinder unter drei Jahren und 62 Plätzen für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt aufzunehmen und dafür entsprechende Finanzmittel bereitzustellen. Dazu gehört auch die künftige Einrichtung in der Wilhelm-Raabe-Straße.

Der Vorsitzende informiert in diesem Zusammenhang darüber, dass die „Freie Aktive Schule“ mit Kindergarten und Krippe wegen der Neubebauung des Areals C in der Nordstadt die bislang genutzten Räumlichkeiten verlassen müsse, weil der Mietvertrag zum 31.12.2019 ausläuft. Für die Schule und den Kindergarten hat der Träger „Freie Aktive Schule Karlsruhe e. V. (FASKA)“ ein Grundstück in Neureut erworben, auf dem ein Neubau errichtet werden soll. Das Grundstück ist nicht ausreichend groß, um dort auch die Krippe unterzubringen. Daher hat sich der Krippenvorstand entschlossen, einen neuen Trägerverein zu gründen und eigene Räumlichkeiten zu suchen.

In der Wilhelm-Raabe-Straße 7 sollen zuvor gewerblich genutzte Räumlichkeiten zu einer Kindertageseinrichtung umgebaut und angemietet werden, in denen neben der bestehenden Krippengruppe eine neue Kindergartengruppe mit verlängerten Öffnungszeiten untergebracht werden soll. Die Inbetriebnahme des Trägervereins

„Gemeinsam Wachsen Karlsruhe e. V.“ ist bereits im September 2019 geplant. Es handelt sich um eine Kindergartengruppe mit verlängerter Öffnungszeit, die mit 22 Plätzen neu in die Bedarfsplanung aufgenommen werden soll. Die bisher bestehende Krippengruppe mit 10 Plätzen zieht in die umgebauten Räumlichkeiten mit um. Somit wird in der Wilhelm-Raabe-Straße 7 eine Betreuung mit zwei Gruppen (eine Kitagruppe für 3-6 jährige und eine Krippengruppe für unter 3 jährige) eingerichtet.

Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht will wissen, ob die Nachbarschaft bei einer Nutzungsänderung angehört werde?

Eine Nutzungsänderung sei eine baurechtliche Genehmigung, bei der die direkt angrenzende Nachbarschaft angehört werde. Heute gehe es um die Bedarfsplanung.

Ortschaftsrätin Brigitte Schmider (FDP) nutzt den Anlass, um im Namen aller Fraktionen sämtlichen Trägern, kirchlichen wie privaten, einen herzlichen Dank für ihre Arbeit und ihr Engagement auszusprechen! Zudem meinte sie, der Beruf der Erzieher verdiene Anerkennung und Respekt!

Es kommt einstimmig zum

Beschluss:

Der Ortschaftsrat stimmt der Einrichtung einer weiteren Kindertageseinrichtung in der Wilhelm-Raabe-Straße zu.

Zu Punkt 12 der T.O.: Bekanntgaben der Ortsverwaltung

Hierzu erfolgen keine Meldungen!

Zu Punkt 13 der T.O.: Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat

13.1

Ortschaftsrat Klaus Bluck regt als Vorschlag an alle Fraktionen an, zu überlegen, ob eine Bürgersprechstunde für den Ortschaftsrat eingerichtet werden solle, wo

Bürger Fragen an die Ortschaftsräte richten können – dies gebe es bereits und könne 2-4 pro Jahr angeboten werden.

Antwort:

Dieser Vorschlag wird als mündlicher Antrag angenommen und in einer der folgenden Sitzungen soll darüber beschlossen werden.

13.2

Ortschaftsrätin Brigitte Schmider gibt bekannt, dass nach Rückfrage an die Schulleitung der Nordschule bezüglich einer Beschattung des kleinen Pausenhofes, was bei der Besichtigung des Ortschaftsrates der Schule eindringlich gewünscht und unterstützt wurde, dies die Ortsverwaltung bereits in Angriff genommen und Voraussetzung für eine Beschattungsmöglichkeit geschaffen habe. Dafür bedankt sie sich. Vor allem für die Kinder im Ganztags sei dies sehr wichtig.

13.3

Ortschaftsrat Dieter König möchte mehrere Punkte, die bereits auch teilweise in der Vergangenheit angesprochen wurden, nochmals in Erinnerung rufen, um den Sachstand für die nächste Sitzung abklären zu können:

1. Adler auf dem Ehrendenkmal vor der Nordkirche
2. extrem niedriges Brückengeländer Grabenerstraße – alte B36
3. Straßenschilder am Kreisel Nord, hier sei es notwendig, dass die Straßennamen erkennbar seien
4. Hinweis auf den Kiesbelag von Ortschaftsrätin Brigitte Schmider - An der Trift

Antwort:

Dazu werden heute in nichtöffentlicher Sitzung Erläuterungen bzw. Sachstände geliefert.

Der Vorsitzende

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: